



Rheinischer LandFrauenverband e. V.

S a t z u n g

Hauptgeschäftsstelle
Nevinghoff 40
48147 Münster
Tel.: 0251 / 23 76 - 337

§ 1 Name und Sitz

Der Verein führt den Namen „Rheinischer LandFrauenverband“. Er hat seinen Sitz in Münster. Der Verband ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht Münster eingetragen. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck und Aufgaben

1. Der Rheinische LandFrauenverband ist parteipolitisch unabhängig und überkonfessionell. Er ist der Zusammenschluss der Landfrauen mit dem Ziel, ihren Beitrag zur Verbesserung der Verhältnisse im ländlichen Raum und zur Stärkung des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins der Mitglieder zu leisten.
2. Der Rheinische LandFrauenverband soll insbesondere tätig werden
 - zur Wahrnehmung und Vertretung der Interessen seiner Mitglieder unter besonderer Berücksichtigung der Belange der Frauen des landwirtschaftlichen Berufsstandes,
 - zur Förderung und Weiterbildung der Mitglieder im beruflichen, sozialen, gesellschaftspolitischen, allgemeinbildenden und kulturellen Bereich.
 - zur Förderung der allgemeinen Bildung von Kindern und Jugendlichen, insbesondere im Bereich der Alltagskompetenzen.
3. Der Rheinische LandFrauenverband soll die Zusammenarbeit mit anderen Verbänden, Organisationen, öffentlichen Dienststellen und Behörden wahrnehmen. Er verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

§ 3 Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. Sie kann von allen in der Landwirtschaft tätigen Frauen und von Frauen, die sich dem ländlichen Raum verbunden fühlen, werden, die an den Aufgaben und der Arbeit des Rheinischen LandFrauenverbandes interessiert sind und die Satzung anerkennen.
2. Die Anmeldung kann schriftlich oder mündlich beim zuständigen Ortsverband erfolgen. Der Erwerb der Mitgliedschaft bedarf der Zustimmung des Vorstandes des Ortsverbandes zur Anmeldung.
3. Männer, die die Aufgaben und Ziele des LandFrauenverbandes unterstützen, können fördernde Mitglieder werden. Über den Antrag entscheidet der Vorstand auf Orts-, Kreis- oder Landesebene.
4. Organisationen, die die Aufgaben und Ziele des LandFrauenverbandes unterstützen, können kooperative Mitglieder werden. Über den Antrag entscheidet der Hauptausschuss.
5. Stimmberechtigt sind alle Mitglieder gemäß Absatz 1.

6. Persönlichkeiten, die sich um die Arbeit und Entwicklung der Landfrauenverbände besonders verdient gemacht haben, können zu Ehrenmitgliedern ernannt werden.

7. Die Mitgliedschaft erlischt

- durch Tod;
- bei kooperativen Mitgliedern durch Auflösung der Organisation;
- durch Austritt; dieser muss drei Monate vor Schluss des Geschäftsjahres gegenüber dem zuständigen Ortsverband schriftlich erklärt werden;
- wenn der Ortsverband sich nach den Vorgaben in § 6 auflöst;
- durch Ausschluss, wenn gegen die Interessen des Rheinischen LandFrauenverbandes und gegen die Satzung erheblich verstoßen wurde. Zum Ausschluss ist ein Beschluss von 2/3 der Mitglieder des Ortsverbandes erforderlich, die vom Vorstand des Ortsverbandes zu einer Versammlung mit einer Frist von 14 Tagen unter Angabe der Tagesordnung eingeladen und erschienen sind.

Mit dem Ausscheiden erlischt jedes Recht gegenüber dem Rheinischen LandFrauenverband.

§ 4

Rechte und Pflichten der Mitglieder

Die Mitglieder haben Anspruch auf Wahrnehmung und Förderung ihrer Interessen durch den Rheinischen LandFrauenverband nach Maßgabe der Satzung.

Jedes Mitglied

- ist in seinem Ortsverband stimmberechtigt. In den Bezirksverbänden wird das Stimmrecht durch dessen Mitglieder, in der Delegiertenversammlung des Rheinischen LandFrauenverbandes durch die Delegierten ausgeübt.
- kann an allen Veranstaltungen des Rheinischen LandFrauenverbandes teilnehmen.
- kann Anträge an die Organe des Verbandes richten.

Die Mitglieder haben die Pflicht,

- den Rheinischen LandFrauenverband bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen,
- die Bestimmungen der Satzung sowie die Beschlüsse seiner Organe einzuhalten,
- die festgesetzten Mitgliedsbeiträge fristgerecht zu zahlen.

§ 5

Mitgliedsbeitrag

Zur Deckung seiner Ausgaben erhebt der Rheinische LandFrauenverband einen jährlichen Mitgliedsbeitrag, der zu Beginn des Geschäftsjahres – spätestens bis zum 31.01. des Jahres – durch Überweisung der Kreisverbände an die Landesgeschäftsstelle fällig wird. Die Festsetzung der Beitragshöhe erfolgt durch die jeweilige Delegiertenversammlung.

§ 6 Gliederung

Der Rheinische LandFrauenverband gliedert sich in Ortsverbände, Bezirksverbände (in bestimmten Fällen) und Kreisverbände, die aus den ihnen örtlich zugehörigen Mitgliedern des Rheinischen LandFrauenverbandes bestehen.

Die Orts-, Bezirks- und Kreisverbände sind selbstständig und für ihren Geschäftsbereich verantwortlich. Sie haben eine eigene Kassenführung und Rechnungslegung. Zur Deckung ihrer Ausgaben können sie eigene Beiträge erheben.

1. Ortsverband

Der Ortsverband kann einen oder mehrere Orte, eine Großgemeinde oder Ortsteile einer Großgemeinde umfassen. Ein Ortsverband sollte mindestens 20 - 30 Mitglieder haben.

Der Vorstand eines Ortsverbandes besteht aus einer **ungeraden** Zahl.

Er setzt sich zusammen aus dem geschäftsführenden und einem möglichen erweiterten Vorstand.

Der geschäftsführende Vorstand leitet den Ortsverband und besteht aus

- der 1. Vorsitzenden/der Teamsprecherin,
- der Stellvertreterin und
- der Kassenführerin.

Das Amt der Schriftführerin kann von einem geschäftsführenden Vorstandsmitglied übernommen oder muss gesondert gewählt werden.

Zur Erfüllung satzungsgemäßer Aufgaben können weitere Mitglieder in den erweiterten Vorstand bzw. ins Team gewählt werden. Damit kann ein Vorstand aus 3, 5 oder 7 Personen bestehen.

Mindestens ein Vorstandsmitglied des geschäftsführenden oder des erweiterten Vorstands muss dem landwirtschaftlichen Berufsstand angehören. In den Vorstand können nur Personen gewählt werden, die das 67. Lebensjahr noch nicht überschritten haben.

Die Vorstandssprecherin bzw. die erste Vorsitzende des Ortsverbandes, im Verhinderungsfalle ein Mitglied des Teamvorstandes bzw. die zweite Vorsitzende, hat die Geschäfte des Ortsverbandes zu führen, diesen gerichtlich und außegerichtlich zu vertreten und die Versammlung der zum Ortsverband gehörigen Mitglieder, die mindestens einmal im Jahr stattfinden soll, vorzubereiten, schriftlich mit einer Frist von 14 Tagen einzuberufen und zu leiten.

Die Auflösung eines Ortsverbandes kann nur in einer gesonderten Mitgliederversammlung mit der Anwesenheit von $\frac{3}{4}$ der Mitglieder und mit einer Mehrheit von $\frac{3}{4}$ der abgegebenen Stimmen erfolgen.

2. Bezirksverband

Bezirksverbände, soweit sie bestehen, umfassen jeweils die Kreisgebiete vor dem 01.01.1975.

Der Vorstand eines Bezirksverbandes besteht aus einer ungeraden Zahl.

Er setzt sich zusammen aus dem geschäftsführenden und einem erweiterten Vorstand.

Der geschäftsführende Vorstand leitet den Bezirksverband und besteht aus

- der 1. Vorsitzenden/der Teamsprecherin,
- der Stellvertreterin und
- der Kassenführerin.

Das Amt der Schriftführerin kann von einem geschäftsführenden Vorstandsmitglied übernommen oder muss gesondert gewählt werden.

Zur Erfüllung satzungsgemäßer Aufgaben müssen weitere Mitglieder in den erweiterten Vorstand bzw. ins Team gewählt werden. Damit kann ein Vorstand aus 5, 7 oder 9 Personen bestehen.

Mindestens ein Vorstandsmitglied des geschäftsführenden oder des erweiterten Vorstands muss dem landwirtschaftlichen Berufsstand angehören. In den Vorstand können nur Personen gewählt werden, die das 67. Lebensjahr noch nicht überschritten haben.

Die Wahl des Vorstandes erfolgt durch die ersten Vorsitzenden und Delegierte der Ortsverbände. Bei einer Mitgliederzahl bis 30 entsendet der Ortsverband die erste Vorsitzende, ab 31 bis 50 Mitglieder entsendet der Ortsverband zusätzlich eine Delegierte, ab 51 Mitglieder entsendet der Ortsverband für jede angefangenen weiteren 50 Mitglieder eine weitere Delegierte benannt.

Die erste Vorsitzende bzw. Teamsprecherin des Bezirksverbandes - im Verhinderungsfall die zweite Vorsitzende oder ein weiteres Vorstandsteammitglied als ihre Stellvertreterin - hat mindestens einmal im Jahr die Sitzungen des Vorstandes des Bezirksverbandes vorzubereiten, mit einer Frist von 14 Tagen schriftlich einzuberufen und zu leiten.

Der geschäftsführende Vorstand vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich. Zwei Vorstandsmitglieder sind zusammen vertretungsberechtigt.

3. Kreisverband

Die Mitglieder der Ortsverbände beziehungsweise der Bezirksverbände eines Kreises bilden als Mitglieder den Kreisverband. In den Kreisen mit zwei Bezirksverbänden übernimmt die erste Vorsitzende oder die Teamsprecherin der Bezirksverbände das Amt der Kreisvorsitzenden. Sie wird von den ersten Vorsitzenden oder den Teamsprecherinnen der Bezirksverbände aus ihrer Mitte bestimmt. Dem Kreisvorstand gehören die geschäftsführenden und erweiterten Vorstände der Bezirksverbände an.

Der Vorstand eines Kreisverbandes besteht aus einer ungeraden Zahl.

Er setzt sich zusammen aus dem geschäftsführenden und einem erweiterten Vorstand.

Der geschäftsführende Vorstand leitet den Kreisverband und besteht aus

- der 1. Vorsitzenden/der Teamsprecherin,
- der Stellvertreterin und
- der Kassenführerin.

Das Amt der Schriftführerin kann von einem geschäftsführenden Vorstandsmitglied übernommen oder muss gesondert gewählt werden.

Zur Erfüllung satzungsgemäßer Aufgaben müssen weitere Mitglieder in den erweiterten Vorstand bzw. ins Team gewählt werden. Damit kann ein Vorstand aus 5, 7 oder 9 Personen bestehen.

Mindestens ein Vorstandsmitglied des geschäftsführenden oder des erweiterten Vorstands muss dem landwirtschaftlichen Berufsstand angehören. In den Vorstand können nur Personen gewählt werden, die das 67. Lebensjahr noch nicht überschritten haben.

Die Wahl des Kreisvorstandes erfolgt durch die Vorstandsprecherin bzw. der ersten Vorsitzenden der Vorstände der Ortsverbände und die Delegierten der Ortsverbände. Bei einer Mitgliederzahl bis 30 entsendet der Ortsverband die erste Vorsitzende, ab 31 bis 50 Mitglieder entsendet der Ortsverband zusätzlich eine Delegierte, ab 51 Mitglieder entsendet der Ortsverband für jede angefangenen weiteren 50 Mitglieder eine weitere Delegierte zu Wahl. Die Delegierten für die Wahl der Kreisvorstände und jeweils eine Ersatzdelegierte werden im Ortsverband zum gleichen Zeitpunkt wie der Ortsvorstand benannt.

Die erste Vorsitzende bzw. die Teamsprecherin des Kreisverbandes, im Verhinderungsfalle die zweite Vorsitzende bzw. ein Mitglied des Teamvorstandes, hat die Geschäfte des Kreisverbandes zu führen, diesen gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten und die Versammlung der zum Kreisverband gehörigen Mitglieder, die mindestens einmal im Jahr stattfinden soll, vorzubereiten, schriftlich mit einer Frist von 14 Tagen einzuberufen und zu leiten.

Die Geschäfte des Kreisverbandes beziehungsweise Bezirksverbandes werden durch eine Geschäftsführerin geführt. Es kann eine Lehr- und/oder Beratungskraft der Kreisdienststelle der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen sein. Soll eine solche Kraft als Geschäftsführerin eingesetzt werden, wird sie durch die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen im Einvernehmen mit dem Kreisverband aus den Dienstangehörigen der zuständigen Kreisdienststelle bestimmt. Die Geschäftsführerin nimmt an den Sitzungen des Vorstandes des Kreis- beziehungsweise Bezirksverbandes mit beratender Stimme teil.

Der Kreisverband hat die Aufgabe, die Arbeit der Ortsverbände und Bezirksverbände zu koordinieren und die Interessen der Mitglieder auf Kreisebene zu vertreten.

§ 7

Organe des Rheinischen LandFrauenverbandes

Organe des Rheinischen LandFrauenverbandes

1. die Delegiertenversammlung als Mitgliederversammlung
2. der Hauptausschuss
3. das Präsidium

§ 8

Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung ist die Mitgliederversammlung des Rheinischen Landfrauenverbandes im Sinne des Gesetzes. Sie besteht aus den stimmberechtigten Delegierten der Bezirksverbände beziehungsweise der Kreisverbände.

Die Zahl der stimmberechtigten Delegierten ergibt sich aus der Mitgliederzahl der Bezirksverbände beziehungsweise der Kreisverbände, für die zu Beginn des Jahres an den Rheinischen LandFrauenverband Beiträge entrichtet wurden. Jeder Bezirksverband beziehungsweise Kreisverband entsendet bei einer Mitgliederzahl bis zu 150 Mitgliedern eine Delegierte, und zwar ist dies die erste Vorsitzende bzw. die Teamsprecherin des Bezirksverbandes beziehungsweise Kreisverbandes. Für jede angefangenen weiteren 200 Mitglieder wird eine zusätzliche Delegierte entsandt.

Ernennung der Delegierten

Die erste Delegierte der Bezirks- beziehungsweise Kreisverbände ist jeweils die erste Vorsitzende bzw. die Teamsprecherin des Bezirks- beziehungsweise Kreisverbandes. Die Benennung/Ernennung der weiteren Delegierten für die Delegiertenversammlung erfolgt zum gleichen Zeitpunkt wie die Wahl der Bezirks- beziehungsweise Kreisvorstände.

Als Delegierte sollen Mitglieder der Orts-, Bezirks- beziehungsweise Kreisvorstände benannt werden. Es können stellvertretende Delegierte benannt werden. Es sollte mindestens eine Delegierte aus der Landwirtschaft kommen.

Das Amt einer Delegierten endet mit Ablauf von vier Jahren nach ihrer Ernennung.

Die Delegiertenversammlung wird mindestens einmal im Jahr einberufen. Die Einladung erfolgt schriftlich. Die Bekanntgabe der Tagesordnung muss mindestens 14 Tage vor dem gesetzten Termin erfolgen.

Die Delegiertenversammlung kann außerdem einberufen werden, wenn

- das Präsidium des Rheinischen LandFrauenverbandes dies im Interesse des Verbandes für erforderlich hält,
- ein Viertel der Delegierten dies unter Angabe von Gründen gegenüber dem Präsidium des Rheinischen LandFrauenverbandes beantragt.

Die Delegiertenversammlung kann entweder in Präsenz- oder in virtueller Form stattfinden. Der Vorstand gibt die konkrete Form bei der Einberufung bekannt.

§ 9

Aufgaben der Delegiertenversammlung

1. Die Delegiertenversammlung entscheidet über grundsätzliche Fragen der Arbeit des Verbandes. Insbesondere obliegt ihr
 - die Entgegennahme des Geschäfts- und Kassenberichts
 - die Entlastung des Präsidiums beziehungsweise des Vorstandes
 - die Wahl des Präsidiums beziehungsweise des Vorstandes
 - die Berufung der Kassenprüferinnen
 - die Beschlussfassung über die Höhe der Beiträge
 - die Beschlussfassung über Satzungsänderungen
 - die Beschlussfassung über Anträge und Einsprüche
 - die Beschlussfassung über die Auflösung des Verbandes.
2. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, wenn die Hälfte der Delegierten anwesend ist.
3. Die Delegiertenversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Verbandes mit einfacher Stimmenmehrheit; Stimmengleichheit bedeutet Ablehnung des Antrages. Der Beschluss über eine Satzungsänderung erfordert eine 2/3-Mehrheit der erschienenen Delegierten.
Die Auflösung des Verbandes kann nur beschlossen werden, wenn über die Hälfte der Delegierten anwesend ist und erfordert eine 2/3-Mehrheit der Anwesenden. Ist weniger als die Hälfte der Delegierten anwesend, so ist eine neue Versammlung innerhalb von sechs Wochen einzuberufen, die dann ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig ist.
4. Anträge an die Delegiertenversammlung sind schriftlich zu stellen und müssen eine Woche vor ihrem Zusammentritt dem Präsidium beziehungsweise Vorstand vorliegen. In Ausnahmefällen können auf der Delegiertenversammlung von stimmberechtigten Delegierten Anträge gestellt und begründet werden.

§ 10

Hauptausschuss

Der Hauptausschuss besteht aus den Vorsitzenden bzw. den Teamsprecherinnen der Bezirks- beziehungsweise Kreisverbände.

Der Hauptausschuss tritt mindestens einmal jährlich zusammen. Er ist ferner einzuberufen auf Beschluss des Präsidiums oder wenn mindestens ein Drittel seiner Mitglieder dies schriftlich unter Angabe der Gründe verlangt.

Der Hauptausschuss ist insbesondere zuständig für

- die Erarbeitung von Empfehlungen für die Tätigkeit des Verbandes und seiner Untergliederungen,
- die Koordinierung der Tätigkeiten der einzelnen LandFrauenverbände,
- die Bildung von Arbeits- und Fachausschüssen zur Beratung und Unterstützung des Präsidiums sowie der Kreisverbände.

Die Geschäftsführerinnen können zum Hauptausschuss eingeladen werden und nehmen mit beratender Stimme teil.

§ 11 Das Präsidium

Das Präsidium besteht, zur Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben aus:

- Präsidentin / der Vorstandssprecherin und
- 1. und 2. Vizepräsidentin / zwei Stellvertreterinnen.
(Diese drei Personen bilden den geschäftsführenden Vorstand gemäß § 26 BGB)
- sowie aus sechs weiteren Mitgliedern des Präsidiums.

Die ins Präsidium zu wählenden Mitglieder sollten über Erfahrungen als Vorstandsmitglieder der Kreis- beziehungsweise der Bezirksverbände verfügen.

Die Mehrheit des Präsidiums, darunter die Präsidentin / Vorstandssprecherin, muss dem Berufsstand angehören.

Der geschäftsführende Vorstand vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich. Alle Urkunden, welche den Verband vermögensrechtlich verpflichten, sind von der Präsidentin bzw. der Vorstandssprecherin oder der 1. Vizepräsidentin / einer Stellvertreterin und einem weiteren anderen Vorstandsmitglied zu unterzeichnen.

Die Wahl des Präsidiums erfolgt alle vier Jahre durch die Delegiertenversammlung oder durch Delegierte. Die Wahlen erfolgen geheim. Nur auf einstimmigen Beschluss können sie in anderer Form (Zuruf, Handaufheben usw.) erfolgen.

Die Wahl des Präsidiums

1. Geschäftsführende Vorstandsmitglieder werden getrennt jeweils in einem besonderen Wahlgang gewählt. Als gewählt gilt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Ist dies nicht der Fall, so findet eine Stichwahl zwischen den beiden Vorschlägen statt, die die meisten Stimmen auf sich vereinigt haben. Bei der Stichwahl genügt die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

2. Weitere Mitglieder des Präsidiums

Die Wahl der weiteren Präsidiumsmitglieder erfolgt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Präsidiumsmitglieder bleiben im Amt, bis eine Nachfolgerin gewählt ist. Falls ein Präsidiumsmitglied vorzeitig ausscheidet, findet eine Ersatzwahl bei der nächsten Delegiertenversammlung statt.

Die Aufgaben des Präsidiums sind insbesondere:

- die repräsentative Vertretung des Verbandes
- Ausführung von Beschlüssen der Delegiertenversammlung
- Beratung und Beschlussfassung über Angelegenheiten des Verbandes entsprechend der Aufgabenstellung nach § 2, sofern diese nicht der Delegiertenversammlung vorbehalten sind

- Vorbereitung der Delegiertenversammlung und aller Beschlüsse, die dieser satzungsgemäß zustehen
- Festlegung eines Arbeitsprogramms und der überregionalen Bildungsmaßnahmen
- Ausrichtung der Arbeit in den Gliederungen des Verbandes
- Erstellung des jährlichen Kassen- und Geschäftsberichts.

Das Präsidium ist berechtigt, für die Bearbeitung besonderer Aufgaben Ausschüsse einzusetzen. Ebenso kann er Vertreter anderer Organisationen oder Behörden zu seinen Sitzungen beratend hinzuziehen.

Die Präsidentin, vertretungsweise die erste Vizepräsidentin, bzw. die Vorstandssprecherin, vertretungsweise eine ihrer Stellvertreterinnen berufen und leiten die Zusammenkünfte der Organe des Rheinischen LandFrauenverbandes.

Das Präsidium ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Bei Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der anwesenden Stimmen.

Das Präsidium bedient sich zu seiner Entlastung einer Hauptgeschäftsführerin, die die Geschäftsstelle des Rheinischen LandFrauenverbandes leitet. Die Hauptgeschäftsführerin sollte eine Referentin der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen sein. Will das Präsidium eine solche Person beauftragen, muss er vorher die Zustimmung der Landwirtschaftskammer hierzu einholen. Die Hauptgeschäftsführerin nimmt an allen Sitzungen des Präsidiums, des Hauptausschusses und der Delegiertenversammlung mit beratender Stimme teil.

§ 12 Beschlüsse und Wahlen

(gilt für alle Verbände und Organe des rheinischen LandFrauenverbandes)

- Die Amtszeit der gewählten Organe beträgt vier Jahre.
- Bei jedem Amt des geschäftsführenden Vorstandes ist eine direkt aufeinanderfolgende zweimalige Wiederwahl in dasselbe Amt möglich. Die Gewählten bleiben bis zu den Neuwahlen im Amt. Wahlberechtigt und wählbar ist jedes ordentliche Mitglied. Mit dem Ende der Mitgliedschaft im Verband endet auch die Mitgliedschaft im Vorstand.
- Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Stimmenenthaltungen bleiben hierbei außer Betracht. Bei Stimmenmehrheit gilt ein Antrag als angenommen. Für Satzungsänderungen ist eine Mehrheit von 2/3 der abgegebenen Stimmen erforderlich.
- Über die Beschlussfassung in allen Organen des Verbandes und ihren Untergliederungen sind von der Schriftführerin oder von einer von der jeweiligen Vorsitzenden / Teamsprecherin zu bestimmenden Protokollführerin Niederschriften anzufertigen, die von der Schriftführerin oder Protokollführerin zu unterschreiben sind.

Die Einzelheiten werden in der Versammlungs- und Wahlordnung (VWO) geregelt. Die VWO wird von der Delegiertenversammlung beschlossen.

§ 13 Aufwandsentschädigungen

Das Präsidium des Rheinischen LandFrauenverbandes sowie die Vorstände der Kreis-, Bezirks- und Ortsverbände üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.

Für das ehrenamtliche Engagement kann eine pauschale Aufwandsvergütung, ein pauschaler Auslagenersatz und eine Fahrkostenerstattung gewährt werden. Weiter entstehende Auslagen können auf Antrag erstattet werden. Über die Höhe der Aufwandsentschädigung entscheidet die jeweilige Mitgliederversammlung.

§ 14 Auflösung des Verbandes

Über die Auflösung des Rheinischen LandFrauenverbandes sowie die Verwendung des Vermögens für einen gemeinnützigen Zweck entscheidet die Delegiertenversammlung mit 2/3 Stimmenmehrheit.

§ 15 Datenschutz im Rheinischen LandFrauenverband

Zur Erfüllung der Zwecke und Aufgaben des Vereins werden unter Beachtung der Vorgaben der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) personenbezogene Daten über persönliche und sachliche Verhältnisse der Mitglieder im Verein verarbeitet.

Jedes Vereinsmitglied hat das Recht auf:

- Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten nach Artikel 15 DSGVO;
- Berichtigung über die zu seiner Person gespeicherten Daten, wenn sie unrichtig sind nach Artikel 16 DSGVO;
- Löschung der zu seiner Person gespeicherten Daten, wenn die Speicherung unzulässig war nach Artikel 17 DSGVO.
- Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DSGVO,
- Datenübertragbarkeit nach Artikel 20 DSGVO und
- Widerspruch nach Artikel 21 DSGVO.

Im Rahmen der Mitgliederverwaltung werden von den Mitgliedern folgende Daten erhoben: Name, Vorname, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail, Geburtsdatum, Bezug zur Landwirtschaft, ggf. Bankverbindung. Diese Daten werden im Rahmen der Mitgliedschaft verarbeitet und gespeichert.

Zur Ausübung der Vereinstätigkeiten werden die Daten von Funktionsträgerinnen intern an übergeordnete Verbände weitergegeben. Eine Weitergabe an externe Organisationen erfolgt nur mit deren Einwilligung. Die Daten von Mitgliedern werden

nur an Dritte außerhalb des LandFrauenverbandes weitergegeben, soweit sie für die Durchführung von Veranstaltungen bzw. Fahrten des LandFrauenverbandes notwendig sind.

Der Verein veröffentlicht Daten, Fotos und Videomaterial seiner Mitglieder auf der Homepage, in Printmedien des Verbandes und in sozialen Medien nur, wenn die Mitgliederversammlung einen entsprechenden Beschluss gefasst hat und das Mitglied nicht widersprochen hat.

Den Organen des Verbandes, den Mitarbeitern oder sonst für den Verein Tätigen ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu anderen als dem zur jeweiligen Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck zu verarbeiten, bekannt zu geben, Dritten zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. Diese Pflicht besteht auch über das Ausscheiden der oben genannten Personen aus dem Verein hinaus.

§ 16

Inkrafttreten

Die Satzung ist am 18. März 1948 errichtet und zuletzt durch Beschluss der Delegiertenversammlung am 16. August 2022 geändert worden. Sie gilt ab 16.08.2022.